

Stellungnahme zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013

- *Wozu brauchen wir eine Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) in der Europäischen Union (EU)?*

Landwirtschaftliche Erzeugnisse werden heutzutage auf einem globalen Markt gehandelt und müssen dazu konkurrenzfähig sein. Um Produkte in und aus der EU wettbewerbsfähig zu machen, braucht es eine gemeinsame Agrarpolitik, die die europäischen Erzeuger stärkt und unterstützt. Dabei muss die GAP die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten koordinieren sowie unterschiedliche Produktionsbedingungen ausgleichen. Durch die Weiterentwicklung schwächerer Mitgliedsstaaten und die Erhöhung des dortigen Lebensstandards werden in der EU wichtige Absatzmärkte für qualitativ hochwertige Lebensmittel geschaffen.

Eine GAP ist wichtig, um eine flächendeckende Landwirtschaft in Europa zu erhalten und damit zur Eigenversorgung sowie zur Ernährungssicherung weltweit beizutragen. Angesichts der wachsenden Weltbevölkerung muss das hohe Produktionspotential für Lebensmittel in der EU und insbesondere in Deutschland genutzt werden.

- *Welche Ziele weist die Gesellschaft der Landwirtschaft in ihrer Vielfalt zu?*

Als Bäuerinnen und teilweise Direktvermarkterinnen wissen wir, dass die VerbraucherInnen gesunde und qualitativ hochwertige Lebensmittel wünschen. Die Aspekte einer Umwelt und Ressourcen schonenden Produktion sowie einer artgerechten Tierhaltung werden dabei immer wichtiger. Außer Lebensmitteln werden nachwachsende Rohstoffe und Energie produziert und damit viele Arbeitsplätze auch in den vor- und nachgelagerten Bereichen geschaffen. Die Erhaltung unserer Kulturlandschaft als Erholungsraum und der Attraktivität des Ländlichen Raums sind Leistungen der Landwirtschaft, die weitgehend unentgeltlich erbracht werden.

- *Weshalb soll die GAP reformiert werden und wie lässt sie sich an den Erwartungen der Gesellschaft ausrichten?*

Die Förderung der Landwirtschaft ist schon heute an zahlreiche Bedingungen geknüpft, welche den Erwartungen der Gesellschaft entsprechen. Im Rahmen von „Cross Compliance“ werden Anforderungen an den Umwelt-, Natur-, Ressourcen- und Tierschutz sowie die Qualität von landwirtschaftlichen Produkten gestellt. Durch spezielle Programme zur Landschaftspflege und Agrarumweltprogramme wurden Emissionen und Belastungen der Umwelt aus der Landwirtschaft bereits deutlich verringert. Der damit eingeschlagene Weg kann im Wesentlichen mit den derzeitigen Instrumenten weiter beschritten werden.

- *Welche Instrumente benötigt die GAP von morgen?*

Die erste Säule mit flächengebundenen Direktzahlungen muss auch in Zukunft in der derzeitigen Form erhalten bleiben. Es darf keine weitere Modulation von der ersten in die zweite Säule statt finden. Die Höhe der Direktzahlungen in den verschiedenen Mitgliedsstaaten muss dabei an die unterschiedlichen Produktions- und Lebenshaltungskosten angepasst sein. Gleichzeitig sollten die Rahmenbedingungen für die einzelnen Mitgliedsstaaten weiter vereinheitlicht werden, wie zum Beispiel eine einheitliche Agrardieselbesteuerung. Angesichts oft sehr niedriger Erzeugerpreise müssen Maßnahmen zur Marktstützung in erster Linie direkt den landwirtschaftlichen Betrieben zu Gute kommen.

Der Arbeitsaufwand im Bauernhofbüro, der oftmals von den Bäuerinnen geleistet wird, hat in den letzten Jahren durch erhöhte Dokumentationspflichten und den Ausbau der Vorschriften deutlich zugenommen und darf nicht noch höher werden. Überzogene Regelungen, die es LandwirtInnen und mittelständischen Verarbeitern nahezu unmöglich machen Ideen umzusetzen, müssen abgebaut werden. Vielmehr muss die Eigenverantwortung der LandwirtInnen gestärkt werden und dafür ein entsprechendes Angebot an Aus- und Fortbildung sowie Beratung vorhanden sein. Nur so kann die Landwirtschaft den Erwartungen der Gesellschaft nachhaltig gerecht werden.

In den vergangenen Jahren konnten durch frauenspezifische Projekte im Rahmen der zweiten Säule Bäuerinnen und andere Frauen im ländlichen Raum in der Fortbildung, beim Wiedereinstieg in den Beruf und der Existenzgründung gefördert werden. Die Erfahrungen zeigen, dass hierdurch die Attraktivität des ländlichen Raums als Berufs- und Lebensumfeld für Frauen und deren Familien erhalten und gesteigert werden konnte. Diese Fördermöglichkeiten sind auch weiterhin notwendig, um die zu geringen familienfreundlichen Arbeitsplatzangebote und die mangelhafte Infrastruktur im ländlichen Raum auszugleichen.

Stuttgart, den 2. Juni 2010

Hannelore Wörz, Präsidentin des LandFrauenverbandes Württemberg-Baden
Regina Ott, Vorsitzende des Agrarsozialen Arbeitskreises